

**Sozialabbau = Lohnraub
Arbeitszeitverlängerung = Erhöhung der Arbeitslosigkeit**

Berlin, 29.01.2004

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wie jeder von euch sicherlich weiß, liegt seit letzten Freitag ein Angebot der Arbeitgeber vor:

ab 01.01.2004 bis 31.03.2005 **1,2 % mehr Lohn und Gehalt**
ab 01.04.2005 bis 31.03.2006 **1,2 % mehr Lohn und Gehalt**
Das würde eine Laufzeit von 27 Monaten bedeuten.

Die Forderung der IG Metall lautet 4% auf 12 Monate.

Eigentlich handelt es sich dieses Jahr um eine reine Lohnrunde. Die Arbeitgeber nehmen sich die Frechheit heraus, angesichts der wirtschaftlich angespannten Situation einen Generalangriff auf die Tarifverträge und insbesondere auf die Arbeitszeit zu wagen. Sie fordern einen Extra-Tarifvertrag mit folgendem Inhalt: *Arbeitgeber wollen die Arbeitszeiten je nach Auftragslage von 35 bis 40 Stunden verlängern. Dies soll auf betrieblicher Ebene zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat mit „freiwilligen“ Vereinbarungen ausgehandelt werden. Dies kann mit vollem, teilweisem oder Lohnausgleich geschehen.* Jeder kann sich ausmalen was das bedeutet :

**ARBEITSZEITVERLÄNGERUNG ohne LOHNAUSGLEICH
bedeutet unbezahlte MEHRARBEIT!**

Wer die Arbeitszeit erhöht, erhöht die Arbeitslosigkeit!

In Berlin-Brandenburg sind aktuell 516.363 Arbeitslose registriert und 19.359 offene Stellen gemeldet. Falls die Arbeitszeitverlängerung bei uns in Marienfelde umgesetzt wird, bedeutet das:

| Center | Anzahl der MA | weniger MA |
|------------------|---------------|------------------|
| K | 917 | - 93 |
| M | 877 | - 108 |
| T | 458 | - 55 |
| K | 130 | - 16 |
| LOG | 166 | - 20 |
| QM | 220 | - 27 |
| insgesamt | 2.768 | minus 370 |

Dieses absolut freche „Angebot“ der Arbeitgeber zeigt deutlich, dass wir es nicht mit einer normalen Tarifrunde zu tun haben. Die Arbeitgeber nutzen die Gunst der Stunde, uns nach der Niederlage im letzten Jahr beim Streik um die 35 Stunden im Osten eine weitere Niederlage zuzufügen. Im Rahmen der Auseinandersetzung im letzten Jahr hat es auch Fehler und Fehlentscheidungen in der IG Metall gegeben. Genau deshalb brauchen wir die Kraft und Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen in Ost und West, um die massiven Angriffe der Arbeitgeber abzuwehren.

→ bitte wenden

Auch in der Krise müssen viele deutsche Topmanager den Gürtel nicht enger schnallen. Die Vorstände der 30 größten Konzerne verdienten voriges Jahr im Schnitt 90.000 Euro mehr. Mit großem Abstand verdient der Studie zufolge jedoch am meisten die Führungsetage von Daimler-Chrysler. Der Autokonzern zahlte jedem Vorstand im Schnitt 3,7 Millionen Euro, das sind 131 Prozent mehr als 2001.

Die Arbeitgeber benutzen die Medien, um ihre Parolen wie ein Trommelfeuer auf uns loszulassen. Jeden Tag hören wir in Talkshows, lesen in Zeitungen und hören im Radio, wie die Wirtschaft wieder in Schwung kommen soll. Die Arbeitgeber gründen Organisationen, wie zum Beispiel : Team-Arbeit für Deutschland oder Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (auch: Chancen für alle). Die letztere arbeitet laut einem Artikel im „Stern“ folgendermaßen: Der Präsident des VME (Verband der Metall- und Elektroindustrie) Kannegiesser will die Bevölkerung in Deutschland ein bisschen umerziehen. "Aufklären" nennt er das. Ihnen mit schlaun Parolen die Notwendigkeit von radikalen Reformen einhämmern, sie mit Plakaten, Anzeigen und TV-Spots überschütten, auf dass die Leute die Wünsche der Wirtschaft als ihre eigenen begreifen.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (auch: Chancen für alle)

These: Soziale Marktwirtschaft ist durch zu viel Wohlfahrtsstaat überlastet, er muss gestutzt werden. Haben den "Reformer des Jahres" wählen lassen, schalten Anzeigen, platzieren Unterstützer in Talkshows.

Kuratorium: Hans Tietmeyer, Martin Kannegiesser (Gesamtmittel), Oswald Metzger, Randolf Rodenstock, Edmund Stoiber u. a.

Unterstützer: Arnulf Baring, Roland Berger, Peter Glotz, Arend Oetker, Lothar Späth, Florian Gerster, Michael Glos, Dagmar Schipanski u. a.

Finanzierung: 50 Millionen Euro von Gesamtmittel, weitere 50 Millionen Euro geplant

Quelle: Stern 12/2003

Auch der Sozialabbau der rot-grünen Regierung ist ein Griff in unsere Taschen: Eintrittsgeld beim Arzt, Medikamentenzuzahlungen und die generellen Kürzungen der Sozialleistungen zeigen, wohin der Weg gehen soll. Hand in Hand versuchen Arbeitgeber und Bundesregierung auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und den Schwächsten in der Bevölkerung den Sozialstaat zu zerschlagen.

Das lassen wir uns das nicht gefallen!

Wer kämpft, kann verlieren!

Wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Für den Betriebsrat und die Vertrauenskörperleitung
der DaimlerChrysler AG, Werk Berlin

**Die
Friedenspflicht
geht zu Ende!**

Am 28. Januar,
24:00 Uhr,
endet die
Friedenspflicht.

Ab 29. Januar,
null Uhr,
sind **Warnstreiks**
möglich und
rechtmäßig.